

Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen

AG Sicherheit, Frieden und Abrüstung

Antrag

**der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages
zum Entwurf des Einzelplans 14**

– Einzelplan 14 –

Deutscher Bundestag
Verteidigungsausschuss

Ausschussdrucksache

19(12)238

08.10.2018 - 19/985

5011-5

Der Verteidigungsausschuss möge beschließen:

Der Verteidigungsausschuss stellt fest, dass im Einzelplan 14 weiterhin ein signifikantes Rationalisierungspotenzial besteht. Die Bundeswehr ist nur eines von zahlreichen Instrumenten zur Konfliktbearbeitung. Der Staat muss sich primär auf die zivile Konfliktprävention und -bearbeitung stützen. Größe, Struktur und Umfang der Bundeswehr müssen auf diese Rahmenbedingungen ausgerichtet sein. Eine grundlegende und notwendige Aufgabenkritik, die die Anforderungen an die Streitkräfte reduziert, ist möglich. Eine weitere und konsequente, kohärente europäische Integration der nationalen Streitkräfte in Europa birgt Einsparpotenzial. Es ist zudem in Frage zu stellen, dass die Organisation Bundeswehr Milliardenaufwüchse überhaupt absorbieren kann. Eine am Notwendigen orientierte Priorisierung von Beschaffungsvorhaben ist nach wie vor dringend geboten.

Begründung:

Deutschland ist nach wie vor keiner unmittelbaren Bedrohung ausgesetzt. Fest in Bündnisse integriert, muss es in angemessener Weise auf die Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsbedürfnisse seiner Partner eingehen können. Die Bundeswehr muss dazu in der Lage sein, sich im Auftrag des Parlaments als ein Baustein an Missionen zur Krisenbewältigung, Friedenssicherung und Gewaltverhütung beteiligen zu können.

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen, denen sich Deutschland und seine Verbündeten ausgesetzt sehen, lassen sich nicht mit militärischen Mitteln lösen. Deutschland muss vor allem Instrumente zur zivilen Konfliktprävention und -bearbeitung stärken, sich für vertrauensbildende diplomatische Maßnahmen, für Rüstungskontrolle und für Abrüstungsinitiativen einsetzen.

Die Bundeswehr spielt in dem Geflecht einer zivil ausgerichteten Sicherheitspolitik eine Rolle. Es gilt jedoch das Primat der zivilen Instrumente. Größe, Struktur und Umfang der Bundeswehr müssen diesen Rahmenbedingungen entsprechen.

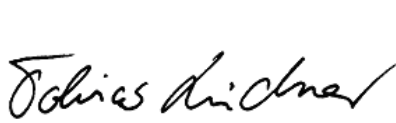
Die Bundesregierung hat es mit dem Weißbuch 2016, der Konzeption der Bundeswehr und auch dem neuen Fähigkeitsprofil verpasst, nachhaltige und realistische Schlussfolgerungen für die Fähigkeiten der Bundeswehr zu ziehen und diese mit realistischen Haushalts- und Personalansätzen in Einklang zu bringen. Stattdessen hat sie proaktiv ihr eigenes Lastenheft bei der NATO vollgeschrieben, um daraus national Beschaffungen ableiten zu können. Die Zusammenarbeit europäischer Staaten schreitet

voran, es ist jedoch weiterhin erhebliches Potenzial für weitere Schritte und Konsolidierung vorhanden.

Bei genauer Betrachtung entstehen erhebliche Zweifel, ob die Organisation Bundeswehr die Aufwüchse, die die Bundesregierung beschlossen hat, überhaupt absorbieren kann. Es kommt wegen verschiedenster Probleme mit großer Regelmäßigkeit zu Minderabflüssen im Beschaffungskapitel des Verteidigungsetats. Das Beschaffungswesen wurde noch nicht reformiert, veraltete Prozesse und Personallücken bestehen weiterhin. Die von der Ministerin angekündigten Trendwenden entfalten ihre Wirkung nicht. Die Probleme wurden zwar beschrieben, eine Lösung ist jedoch nicht abzusehen.

Beschaffungen müssen stärker daran gemessen werden, ob sie für die wahrscheinlichen Einsatzszenarien der Bundeswehr notwendig sind. Investitionen in Kampfpanzer, die mehrere hundert Millionen Euro binden, oder die Sanierung eines Segelschulschiffes in dreistelliger Millionenhöhe, sind angesichts erheblicher Ausstattungslücken in anderen Bereichen, die eine weitaus höhere Relevanz für die tatsächlichen Einsätze der Bundeswehr besitzen, nicht nachvollziehbar. Durch die Aufgabe überholter Fähigkeiten wie der nuklearen Teilhabe und damit verbundenem Gerät könnten erhebliche Beträge eingespart werden.

Berlin, den 08. Oktober 2018



Dr. Tobias Lindner MdB



Katja Keul MdB



Dr. Frithjof Schmidt